

Die Zeit, 09.02.2011, **Freie Bahn**, Toralf Staud,
<http://www.zeit.de/2011/07/S-Rechtsextremisten>

Dresden hat es den Rechtsextremisten unfassbar leicht gemacht, die Stadt und ihren Gedenktag zu vereinnahmen.

Europas größter Aufmarsch von Rechtsextremisten hat klein begonnen: Zu siebt, rühmt sich der heutige NPD-Mann Holger Szymanski, seien sie 1996 oder 1997 vom Hauptbahnhof über die Prager Straße zur Frauenkirchenruine gezogen. Er war gerade zum Jurastudium aus Görlitz nach Dresden gekommen und hatte den sächsischen Landesverband der Jungen Landmannschaft Ostpreußen (JLO) mitgegründet. Wenn der Mann, der inzwischen Chefberater der NPD-Landtagsfraktion ist, von den Anfängen der Nazi-Demos erzählt, klingen sie wie harmlose Schulbubenstreiche. Mal habe man sich am 13. Februar unter die Trauernden auf dem Altmarkt gemischt und die Vertreibungen aus den Ostgebieten nachgestellt, mal einen Sarg über den Platz getragen. Die ersten Demonstranten habe wegen all der Polizisten ringsum wohl kaum ein Dresdner erblickt.

Seit einigen Jahren sind die »Trauermärsche« unübersehbar, Tausende Neonazis aus dem In- und Ausland nehmen teil. Das habe sich irgendwie so ergeben, heißt es aus der Szene. Doch das rasante Wachstum der Aufmärsche war kein Zufall: Einerseits agierten die Rechtsextremen geschickt. Andererseits ließ die Stadtverwaltung ihnen freie Bahn, und die Formen des Dresdner Gedenkens boten reichlich Gelegenheit zum Andocken.

Bereits 1990 kam der britische Holocaust-Leugner David Irving zu einem Vortrag in den Kulturpalast, präsentierte seine überhöhten Opferzahlen als »geschichtliche Wahrheit«, Hunderte Zuhörer applaudierten. 1991 und 1992 reiste der damalige NPD-Chef Günter Deckert an und verteilte zum Jahrestag der Bombardierung revisionistische Flugblätter. »Die Aktion wurde von den Dresdnern freundlich aufgenommen«, erinnert er sich. Kein Wunder, Irving und Deckert und alle ihre rechtsextremen Nachfolger bedienen das weit verbreitete Geschichtsbild einer »unschuldigen Kunst- und Kulturstadt«, die »sinnlos zerstört« worden sei. Dieser Mythos wurde 1945 noch von Goebbels' Reichspropaganda etabliert, in der DDR übernommen und ist bis heute präsent.

Die Stadt genehmigte gar eine Route nahe der 1938 zerstörten Synagoge

In Wahrheit war Dresden ein wichtiger Eisenbahnknoten, beheimatete Rüstungsbetriebe und wies unter allen deutschen Städten die höchste Dichte an NSDAP-Mitgliedern auf. In der Frauenkirche gaben seit 1938 die Hitler-treuen und antisemitischen Deutschen Christen den Ton an. Das in Dresden übliche »stille Gedenken« an die Bombennacht bestreitet all dies nicht – aber es redet eben auch nicht darüber. Und es widerspricht nicht, wenn Neonazis um

die deutschen Opfer trauern. So konnten Republikaner und Wiking-Jugend jahrelang und weitgehend unbehelligt am Bauzaun der Frauenkirche Kränze niederlegen.

Die Idee zu einem »Trauermarsch« hatten schließlich örtliche JLO-Aktivisten. »Eigentlich wollten wir nur daran erinnern, dass unter den Bombenopfern auch eine Menge Flüchtlinge aus dem Osten waren«, sagt ein Mitglied des damaligen Bundesvorstandes, der heute als Verlagsangestellter in Hamburg arbeitet. Ihm ist unangenehm, was sich über die Jahre in Dresden entwickelt hat. Damals aber, sagt er, war man in der Zentrale der winzigen Jugendorganisation der Ostpreußen-Vertriebenen erfreut, dass in Sachsen etwas passierte. Als er selbst mal zu einem der Märsche fuhr, war er entgeistert wegen der vielen Skinheads. Aber da sei die Unterwanderung bereits komplett gewesen.

1998 liefen 60 Neonazis samt Transparent »Das war kein Krieg, das war Mord«, 1999 kamen schon 150 Leute. Über ein Verbot habe man nicht nachgedacht, »da keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bestand«, zitierte die Sächsische Zeitung damals den Sprecher der Stadt. Man habe aber »harte Auflagen« erlassen – etwa »die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung«. Im Jahr 2000 zogen bereits 500 Demonstranten durch Dresden, an der Spitze erstmals Szenegrößen wie Franz Schönhuber oder Horst Mahler. Die Stadt hatte eine Route nahe der 1938 zerstörten Synagoge genehmigt.

»In Dresden laufen Sachen, die im Rest der Republik undenkbar sind«

An vielen anderen Orten gelang es Bürgern und Behörden, Neonazi-Aufmärsche zurückzudrängen. In Leipzig oder Jena gab es so lange Widerstand, bis die Rechtsextremisten kapitulierten. Auf dem Soldatenfriedhof von Halbe (Brandenburg) organisierte ein breites Bündnis aus Anwohnern, Prominenten und Landtagspolitikern Blockaden. Im bayerischen Wunsiedel führte der CSU-Bürgermeister über Jahre den erfolgreichen Widerstand gegen Rudolf-Hess-Gedenkmärsche an. Ganz anders Dresden. »Mein Ansatz war, die Rechten nicht einmal zu ignorieren«, erinnert sich Herbert Wagner, Oberbürgermeister von 1990 bis 2001. »Ich wollte die nicht aufwerten, und große Protestaktionen verschaffen Aufmerksamkeit.« Ruhe in der Stadt war oberste Beamtenpflicht.

2002 nutzten 1000 Neonazis die ungestörte Möglichkeit zum Marschieren, zwei Jahre später 2000. Spätestens mit dem Landtageinzug der NPD wurde die Organisation professionalisiert. Seit 2005 liegen die Teilnehmerzahlen bei über 5000; das ganze Spektrum der Szene ist vertreten: von Burschenschaftern und Neonazi-Kameradschaften bis zu Gästen aus Schweden, Ungarn, Portugal.

»Die Stadt hat Gegenaktivitäten nicht nur nicht unterstützt, sondern phasenweise behindert«, sagt Ralf Hron vom sächsischen DGB. »In Dresden laufen Sachen, die im Rest der Republik

undenkbar sind.« Protestierer, selbst aus bürgerlichen oder kirchlichen Gruppen, würden als Krawallmacher hingestellt. Organisatoren von Gegenaktivitäten bekämen »ständig Steine in den Weg gelegt«, erführen die genehmigten Demo-Routen der Rechtsextremen erst im letzten Moment oder gar nicht. Bis heute stünden in seiner Garage tausend Plakate mit dem Slogan »Diese Stadt hat Nazis satt« – die Stadt habe ihm das Aufhängen trickreich untersagt. Während NPD und die JLO, die sich mittlerweile Junge Landsmannschaft Ostdeutschland nennt, jahrelang attraktive Marschstrecken bekamen, wurden Antifa-Demos konsequent aus dem Zentrum verdrängt. »Vielleicht war die eine oder andere Vorgabe nicht so glücklich«, sagt rückblickend Ex-Oberbürgermeister Wagner. Er habe sich halt »um den Ruf der Stadt gesorgt« und im Übrigen stets für »leise Töne« gestanden. Aber »so, wie es sich heute darstellt, da muss man lauter werden«.

Die Zeit, 09.02.2011, **Was nun, Dresden?**, Stefan Schirmer,

<http://www.zeit.de/2011/07/S-13-Februar>

2010 wurde erstmals ein Nazi-Aufmarsch am 13. Februar verhindert. Nun zeigt sich, was die Stadt gelernt hat.

Die Bühne ist bereit. Wenn sich am Sonntag wieder der Tag jährt, an dem Dresden 1945 in Asche fiel, wird die Innenstadt zur Arena. Polizeiketten und Straßensperren zerschneiden diese in Kampf-Areale. Auf einer Seite reihen sich dann Neonazis, etwa der Ring Nationaler Frauen samt Banner mit der Aufschrift: Den Müttern von Dresden. Wir vergessen euch nie. Auf der anderen Seite steht ein bunter Zug aus Gegendemonstranten, auf einem Antifa-Plakat liest man: Heult doch! Deutsche TäterInnen sind keine Opfer. Ein paar Straßen weiter schlängelt sich eine Menschenkette durchs Zentrum, und vor der Synagoge spenden Kerzen einer Mahnwache Licht. Dresden am 13. Februar: Von oben betrachtet, wo Polizeihubschrauber kreisen, muss dies alles wirken wie ein wirres Schauspiel.

Hans Müller-Steinhagen probt längst seine Rolle, die ihm für diesen Tag zugewiesen wurde. Er ist dafür im Kreis gelaufen. Er hat die Strecke in der Altstadt besichtigt, für die er eine Großkundgebung angemeldet hat: die Menschenkette, zu der Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) und ein großes Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen aufgerufen haben. Der 56-Jährige ist seit wenigen Monaten Rektor der TU Dresden. Die Zuständigkeit als Versammlungsleiter hat er von seinem Vorgänger geerbt, der 2010 die erste Menschenkette leitete – als Mann der Wissenschaft, losgelöst vom Parteiensank. So kam es, dass diesmal ein Maschinenbauingenieur aus Baden, ein Neudresdner, das symbolträchtige Zusammenstehen der Bürgerschaft anführt. An einem Datum, das für eines der komplexesten und ideologisch anfälligsten Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte steht.

Wem gehört der 13. Februar? »Uns«, sagen viele Dresdner, die in Ruhe an die Kriegstoten erinnern wollen. »Und uns!«, behaupten Tausende Rechtsextreme, die den Gedenktag für ein Schaulaufen benutzen; ihren scheinheiligen Trauermarsch, der inzwischen die Jahreshauptversammlung der Neonazi-Szene Europas darstellt. »Aber nicht mit uns!«, reklamieren Tausende Gegendemonstranten aus Dresden und dem Rest der Republik. Ihr mehrdeutiger Ruf lautet: »Dresden hat Nazis satt!« Zumal die Rechtsextremen angekündigt haben, in dieser Saison gleich ein zweites Mal binnen einer Woche und dann besonders massiv die Stadt heimsuchen zu wollen – angeblich am 19. Februar. Für den 13., einen Sonntag, fürchten die Braunen, nicht genug Anhänger mobilisieren zu können.

Die Auseinandersetzung wird nicht nur auf der Straße ausgetragen, sondern auch in Gerichtssälen und Versammlungshallen. Dahinter steht die Frage, wie die Stadt ehrlich und würdevoll an ihre Geschichte erinnern kann. Dahinter steckt vor allem ein Streit über den

richtigen Umgang mit Neonazis. In diesem Jahr wird sich zeigen, ob Dresden aus alten Fehlern, aber auch aus jüngsten Erfolgen gelernt hat.

Der Rektor redet nun häufiger über Schuld – auch die der Universitäten

Hans Müller-Steinhagen lebte vor Jahren als Forscher in England, als er erstmals die Bilder aus Dresden sah. Die BBC zeigte in ihren Fernsehnachrichten eine braune Horde vor Canaletto-Kulisse. Die Botschaft schien klar: Es geht wieder los. Müller-Steinhagen hätte nicht gedacht, dass dies mal zu seinem Problem werden würde.

»Schon wegen ihrer Fremdenfeindlichkeit«, sagt der Rektor, »müssen wir uns gegen das Wiedererstarken rechtsradikaler Kräfte zur Wehr setzen.« Jeder Zehnte der 36.000 Studierenden an seiner Hochschule sei Ausländer, »und wir sind froh darüber«. Beim Abendessen mit Bekannten diskutiert Müller-Steinhagen neuerdings über Schuld; nicht nur Kriegsschuld: Nach Hitlers Machtübernahme 1933 habe die TU Dresden mehr als 20 Prozent ihrer Lehrkräfte entlassen. »Unsere Universitäten haben damals ihr Wächteramt nicht erfüllt.«

Der Rektor hat sich im Internet viele Videos vom 13. Februar des vergangenen Jahres angeschaut. Er spricht von Erfolg, er sagt aber auch vorsichtig: »Manches ist suboptimal gelaufen.« Der Erfolg im Vorjahr hatte zwei Seiten. Etwa 15.000 Bürger beteiligten sich an einer Menschenkette, die von der Synagoge und am Rathaus vorbei bis zur Frauenkirche reichte. Damit schickten die Dresdner positive Bilder und eine Botschaft um die Welt: Wir stehen zusammen als »Festung gegen Intoleranz und Dummheit«, wie es Helma Orosz formulierte.

Der zweite Erfolg trug sich auf der anderen Elbseite zu. Am Neustädter Bahnhof wollten etwa 5000 Rechtsextreme losmarschieren. Aber mehr als doppelt so viele, überwiegend linke Gegendemonstranten stellten und setzten sich ihnen in den Weg: Die Neonazis mussten sich erstmals seit Jahren geschlagen geben. Doch kaum waren sie abgezogen, wurde auf offener Bühne schon wieder jener Riss deutlich, der durch die Stadt und ihre Bürgerschaft geht.

Die Oberbürgermeisterin tat sich zunächst schwer damit, explizit auch die Leistung jener Menschen zu würdigen, die mit gewaltfreien Aktionen – und mit Unterstützung der umsichtig handelnden Polizei – die braune Menge aufgehalten hatten. Hätte diese Bürgercourage gefehlt, hätte die Menschenkette wohl als hilflose Veranstaltung dagestanden.

So war zu befürchten, dass alte parteipolitische Grabenkämpfe wieder aufbrechen. Der Streit eignet sich bestens, um bei der eigenen Wählerklientel zu punkten. Vor allem die konservative Stadt-CDU hielt lange nur eine Aktionsform am 13. Februar für akzeptabel, die sich auch

viele ältere Dresdner wünschen: das »stille Gedenken«. Die Christdemokraten haben traditionell Probleme, sich im Kampf gegen rechts außen an die Seite der Linken zu stellen, der sie mangelnde Distanz zum militanten Schwarzen Block unterstellen. Die Aussicht, es könnte Straßenschlachten geben, schreckt das Bürgertum. Unerträglich finden viele auch die Festivalstimmung, die am Gedenktag durch die Stadt wabert.

Vor allem CDU-Kreischef Lars Rohwer fiel diesbezüglich immer wieder mit schrillen Äußerungen auf. Als kürzlich die Berliner SPD ihre Mitglieder dazu aufrief, an den friedlichen Protesten gegen Neonazis in Dresden teilzunehmen, verbat sich Rohwer diesen »Demonstrationstourismus«.

Oberbürgermeisterin Orosz, die seit dieser Woche krankheitsbedingt eine Auszeit nehmen muss, ging sachte auf Distanz zu ihrem Parteichef. »Ich bin dankbar für alle, die zum friedlichen Protest nach Dresden kommen«, stellte sie klar. Im Vorjahr hatte sie sich schließlich ein Lob »an alle« abgerungen, die gewaltfrei Widerstand geleistet hätten. Aus dem Vorwurf, sie habe die demokratischen Akteure auf der anderen Elbseite ausgegrenzt, hat Orosz gelernt: Die Menschenkette über zwei Brücken wird nun in die Neustadt ausgedehnt. Es ist ein Brückenschlag.

Bei allem Aufeinanderzugehen: Die Stadtchefin würde aber nie öffentlich gutheißen, was sich sonntags in einem Seminarraum der TU Dresden abspielt. Wo sonst Prozessautomatik oder Aerodynamik gelehrt werden, hat der Studentenrat ein vierstündiges Blockade-Training organisiert. Eine Probebühne für den 13. Februar. »Schon mal einen Wasserwerfer gesehen?«, fragt Jojo, der Trainer. »Ja, im Fernsehen!«, sagt einer aus dem Dutzend Anfänger, darunter zarte Mädchen und friedensbewegte Mittvierziger. Sie üben, sich wegtragen zu lassen. Sie bilden »Bezugsgruppen«. Sie spielen Polizei. Sie reden darüber, ob man sitzend oder stehend mehr Gewaltlosigkeit demonstriere. Jeder formuliert, wie weit der eigene Mut bei einer Blockade reichen würde. Allein das Wort »Bulle«, das mal fällt, erinnert daran: Hier tagt nicht die Heilsarmee, sondern hier probt eine bürgerliche Version der Antifa zivilen Widerstand.

Neuerdings dürfe man für solche Aktionen auch auf dem Campus werben, heißt es beim Studentenrat. Der neue Rektor, der als junger Mann Ostermarsch-Teilnehmer in Kanada war, verkündet: Ihm seien rund um den 13. Februar neben der Menschenkette viele weitere Formen friedlichen Protests recht, »von Mahnwachen bis Barrikaden... Nein«, Müller-Steinhagen korrigiert sich schnell: »Blockaden!« Die neue Einigkeit ist für alle Seiten ungewohnt.

Derweil fehlt es in der Stadt weiter am Minimalkonsens darüber, welche Mittel beim Widerstand gegen braune Aufmärsche zulässig sind. 2010 hatte die Staatsanwaltschaft die Räume von »Dresden nazifrei« nach Plakaten durchsucht, auf denen das Bündnis zu Blockaden

aufrief. »In diesem Jahr«, sagt Bündnis-Sprecherin Judith Förster, »sind Versuche, uns zu kriminalisieren, bisher ausgeblieben.«

Gegen 34 Blockadeteilnehmer ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Sprengung einer Versammlung und Nötigung. Bis auf vier Verfahren sind alle eingestellt: Das Motiv für »das widerrechtliche Verhindern des Marsches« sei »mithin ein anerkannt-sittliches« gewesen. Für Irritationen sorgt nun ein neues, allerdings noch nicht rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden. Danach hätte die viel gelobte Polizeiführung im Vorjahr die Demonstration der braunen Szene durchsetzen müssen. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) gefällt dieses Urteil nicht.

Nähme sich jeder das Recht, anderer Leute Versammlungsfreiheit zu behindern, »kommen wir in Teufels Küche«, warnte der Hamburger Juraprofessor Jürgen Schwabe im Januar auf einem Dresdner Podium. Er empfahl Aktionen, die Neonazis lächerlich erscheinen ließen, etwa mit Lachsäcken.

Kann man tatenlos zusehen, wenn Verfassungsfeinde ihr Recht ausnutzen?

Neben Schwabe saß der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter. Kein Jurist, vielmehr ein Pfarrer, der einst führend an der friedlichen Revolution beteiligt war. Damals habe er etwas gelernt, sagt Richter: »Der Bürger sollte die innere Haltung haben, geschriebenes Recht immer wieder infrage zu stellen.« Kann man also tatenlos zusehen, wenn die Feinde der Verfassung deren Freiheiten ausnutzen? Sollte der Bürger nicht aktiv werden, wo der Staat sich neutral verhalten muss? Letztlich, sagt Frank Richter, schaffe der 13. Februar ein ethisches Dilemma – »aber das ist der beste Ort, um ethisch urteilsfähig zu werden«.

Es gibt einen neuen Raum der Erkenntnis, er liegt im zweiten Stock der Unibibliothek SLUB. Auf Wänden und in Vitrinen sieht man, dass Dresdens Geschichte schon oft für platte Erzählungen von Gut gegen Böse herhalten musste. An einer Stelle liegt ein Essay von Victor Klemperer aus dem Jahr 1950, in dem er Dresden als »Schönster unter den Schönen« nachtrauert und die alliierten Angriffe eine »Barbarei« nennt. Dabei hatte die Bombardierung seiner Heimatstadt ihm, dem verfolgten Juden, zur Flucht verholfen. Der 13. Februar, zeigt dies einmal mehr, ist kein Datum für einfache Aussagen.

Die Einzigen, die an dem Tag eine klare Botschaft kommunizieren, sind die Rechtsextremen«, sagt der Historiker Matthias Neutzner. Er hat die kleine SLUB-Ausstellung mitgestaltet. Sie soll der Stadt mehr Klarheit über ihre kollektive Erinnerung schaffen. Es beginnt mit gut einem halben Zentner Bücher, stapelweise Fachliteratur, Landser-Lektüre, Kunst und Kitsch: Das Massaker neben Klemperers Tagebüchern und Dresden starb mit Dir, Johan-

na. Neutzner ist immer wieder beeindruckt »vom Aufwand, mit dem auch heute noch an ein 66 Jahre zurückliegendes Ereignis erinnert wird«.

Dieses Gedenken, hofft er, werde irgendwann nicht mehr nur getrieben sein von Provokationen der anderen. Damit Dresden zu sich selbst findet. Etwa als »Friedenszentrum«, das diesen Namen verdient. Dafür könnte die Stadt eine Bühne sein. Nachdem die Auftritte der Neonazis vom Spielplan gestrichen sind.

3sat Kulturzeit, 09.02.2011, **Neonazi-Aufmärsche in Dresden**, mt/se,
<http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/news/151757/index.html>

Der Dresdner Gedenktag an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg ist auch 2011 von angekündigten Neonazi-Aufmärschen überschattet. Zudem ist die Stadt Dresden wegen ihres Vorgehens bei der Vorbereitung des 13. Februar 2011 in die Kritik geraten.

Das Ordnungsamt will nach einem "Gebot der Lagertrennung" am 13. Februar 2011 offenbar alle Proteste und Gedenkveranstaltungen, die an das NS-Unrecht erinnern, aus der Innenstadt verbannen und zugleich einen geplanten Neonazi-Aufmarsch durch die Altstadt erlauben. Damit soll unter anderem ein Mahnweg "Täterspuren", der an Orte des Unrechts in der NS-Zeit erinnern sollte, aus der Altstadt in die Neustadt auf die andere Elbseite verlegt werden.

Forderung nach "geschichtsbewusstem Handeln"

Endgültige Marschrouten und Platzzusagen stehen der Stadt zufolge noch nicht fest. Medienberichten zufolge sollen etwa 15 Kundgebungen auf die Neustädter Seite verlegt werden. Ausgenommen von der vom Ordnungsamt bevorzugten "Lagertrennung" ist eine Mahnwache gegen Gewalt und Extremismus an der Dresdner Synagoge, zu der die Kreisverbände von CDU und FDP aufgerufen haben.

"Was sind das für Zeiten, in denen der Mahn-Gang untersagt wird, der zu den Täterspuren führen soll", während den Nazis gestattet wird, am 13. Februar 2011 mit Fackeln durch die Stadt zu laufen, kommentierte die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejarano, am 9. Februar 2011 das Vorgehen. Ein Verbot des Erinnerungs-Ganges durch die Altstadt wäre ein "Skandal". Auch der Direktor der Berliner Stiftung Topographie des Terrors, Andreas Nachama, fordert von den Verantwortlichen im Dresdner Rathaus "geschichtsbewusstes Handeln".

Rund 10.000 Menschen erwartet

Dresden will mit zahlreichen Veranstaltungen am 13. Februar 2011 an die schweren Luftangriffe erinnern, die im Februar 1945 die Stadt in Schutt und Asche legten. Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU), die demokratischen Parteien im Stadtrat sowie Kirchen und Initiativen haben für den Tag zu einer Menschenkette aufgerufen, die die Innenstadt symbolisch schützen und ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzen soll. Dazu werden in der Elbestadt rund 10.000 Menschen erwartet. Bei der Aktion sollen erstmals auch zwei Brücken zwischen der Altstädter und Neustädter Seite überquert werden. Allerdings drohte unterdessen die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" damit, die Menschenkette für ihre Zwecke zu missbrauchen. Dazu hieß es im Internet, dass sich einige von ihnen an der Aktion in der Innenstadt beteiligen wollten.

Seit Jahren versuchen Rechtsextremisten, den Gedenktag zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. 2011 hat die gleiche rechtsextreme Vereinigung für den 12. und 13. Februar 2011 sogenannte "Trauermärsche" angekündigt. Der größte Neonazi-Aufmarsch wird jedoch für den 19. Februar 2011 erwartet. Etwa 40 Dresdner Kirchgemeinden wollen sich an diesem Tag mit Mahnwachen gegen Rassismus an den Protesten beteiligen. Zudem will das Dresdner Bündnis "Nazifrei" geplante Neonazi-Aufmärsche mit Sitzblockaden wie 2010 erfolgreich verhindern. Gemeinsam mit den Gegen-Demonstrationen liegen der Stadt zufolge für den 19. Februar 2011 etwa 70 Anmeldungen vor.

Der Tagesspiegel, 09.02.2011, **Rechtsextreme demonstrieren gleich zwei Mal in Dresden**, Frank Jansen, <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextreme-demonstrieren-gleich-zweimal-in-dresden/3809290.html>

Berlin - Dresden stehen anlässlich des Jahrestags der alliierten Luftangriffe von 1945, dem 13. Februar, wieder Kraftproben mit der rechten Szene bevor. Neonazis wollen am Sonntag und am darauffolgenden Sonnabend in der Stadt aufmarschieren. Linke und andere Nazigeegner mobilisieren und wollen die Demonstrationen der Rechtsextremisten blockieren. Für die Polizei ist die Lage noch schwieriger als im vergangenen Jahr.

Am 13. Februar 2010 blieben Krawalle weitgehend aus, weil die Polizei darauf verzichtete, den am Bahnhof Dresden- Neustadt hinter Absperrgittern versammelten 6000 Rechtsextremisten eine Marschroute durch die Blockaden tausender Nazigeegner freizuräumen.

Das Verwaltungsgericht Dresden gab jedoch im Januar einer Klage der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ statt und beschied der Polizei, sie habe es rechtswidrig unterlassen, den „Trauermarsch“ zu gewährleisten. Folglich sei davon auszugehen, dass die Polizei nun Blockaden wegräume, sagte ein Stadtsprecher. Außerdem warnte der sächsische Verfassungsschutz, die rechte Szene wolle am 19. Februar „unter allen Umständen“ eine Demonstration durchsetzen. Zahlreiche Prominente rufen dennoch dazu auf, sich den Rechtsextremisten in den Weg zu stellen. Den Aufruf des Bündnisses „Dresden – Nazifrei“ unterschrieben Politiker von SPD, Grünen und Linken, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer und die Bands „Die Toten Hosen“ und „Fettes Brot“.

Bislang seien für Sonntag 18 Veranstaltungen angemeldet und für den 19. Februar 69, hieß es im Rathaus. Probleme dürfte es schon beim offiziellen Gedenken an die Zerstörung Dresdens geben. Am Sonntag werden wohl wieder Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion zum Heidefriedhof kommen. Dort legen Ministerpräsident Stanislaw Tillich sowie britische und US-Diplomaten Kränze nieder. Außerdem propagieren Rechtsextremisten die Teilnahme an der von Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) initiierten Menschenkette durch das Zentrum. Wie Neonazis herauszuhalten wären, ist unklar. Man könnte sie auslachen oder auspfeifen, sagte ein Stadtsprecher, „was will man sonst machen“.

junge Welt, 09.02.2011, »Lagertrennung«, Claudia Wangerin,
<http://www.jungewelt.de/2011/02-09/007.php>

Antifaschistischer Gedenkrundgang in Dresdens Altstadt wegen Nazi-Fackelmarsch verboten. Massenblockaden weiterhin für 19. Februar geplant

Am 19. Februar wollen Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet in Dresden die Großveranstaltung »Recht auf Gedenken« blockieren, mit der Neonazis der »Jungen Landmannschaft Ostdeutschland« (JLO) die Opfer der Bombardierung der Stadt am Ende des Zweiten Weltkrieges für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchen. Doch der Stadt liegt viel am »Gebot der Lagertrennung«: Mit dieser Begründung hat das Ordnungsamt im Vorfeld der geplanten Massenblockaden dem Bündnis »Dresden Nazifrei« einen für Sonntag, den 13. Februar geplanten Gedenkrundgang in der Dresdner Altstadt verboten und in die Neustadt verlegt. Die Neonazis wollen am selben Tag einen Fackelmarsch in der Altstadt durchführen, für den regional mobilisiert wird. Nach Einschätzung des Bündnisses soll »jeglicher Protest in Hör- und Sichtweite gegen den Neonazi-Fackelmarsch verboten werden«. Dies sei während des sogenannten Kooperationsgesprächs deutlich geworden, bei dem Anmelder von Veranstaltungen, Polizei und Ordnungsamt über eventuelle Auflagen verhandeln.

Der Rundgang »Täterspuren«, zu dem die Organisatoren weiterhin aufrufen, da sie auf ein Einlenken der Stadt hoffen, soll um 11 Uhr am Comeniusplatz beginnen und zu mehreren Wohnorten und Wirkungsstätten von Nazi-Größen führen. Zeitzeugen und Schauspieler des Staatsschauspiels sollen vor den einzelnen Stationen Beiträge verlesen und aus ihrer Erinnerung erzählen.

Durch eine räumliche Verlegung in die Neustadt gehe der historische Kontext und der lokale Bezug des Rundganges völlig verloren, erklärte der Pressesprecher von »Dresden Nazifrei«, Stefan Thiele, am Montag der Zeitung Dresdner Neueste Nachrichten und kündigte rechtliche Schritte gegen das Verbot an. »Für uns zeigt sich wieder einmal die absurde Politik der Stadt Dresden im Umgang mit Neonazis: Während sie marschieren sollen dürfen und geschichtsrevisionistische Parolen zur Schau stellen, wird antifaschistisches Engagement verboten«, erklärte das Bündnis.

Planmäßig soll der Rundgang »Täterspuren« um 13:30 Uhr enden. Der »Trauermarsch« der Neonazis soll dagegen nach JLO-Angaben um 15 Uhr am Hauptbahnhof beginnen, würde also nicht durch den Gedenkrundgang behindert. Erst eine halbe Stunde nach dessen Beendigung soll die Aktion »Nicht lange fackeln« beginnen: »Ab 14:00 Uhr rufen wir alle Dresdener und Dresdnerinnen dazu auf, sich gemeinsam den Nazis in den Weg zu stellen«, heißt es auf der Internetseite des Bündnisses »Dresden Nazifrei«.

Zum Fackelmarsch am 13. Februar werden rund 1500 Neonazis aus der Region erwartet. Klarer Schwerpunkt der bundesweiten Mobilisierung antifaschistischer Gruppen bleibt jedoch der 19. Februar. Für diesen Tag sind laut JLO »von mehreren patriotischen Organisationen voneinander unabhängige Veranstaltungen im Innenstadtbereich von Dresden angemeldet«.

Nach den erfolgreichen Massenblockaden im Jahr 2010 wollen die Neonazis offenbar größtmögliche Verwirrung stiften, um die Gegenmobilisierung zu spalten und »das 'Recht auf Gedenken und Versammlungsfreiheit' durch eine neue Veranstaltungsstrategie auch politisch geltend zu machen«, heißt es auf ihrer »offiziellen Seite zum Trauermarsch«. Für den 13. Februar sprechen sie daher »hauptsächlich regionale Gruppen aus dem mitteldeutschen Raum an. Wer die Anreise aus weiter entfernten Regionen nicht scheut, ist natürlich ebenso herzlich eingeladen.«

Antifaschistische Gruppen gehen weiter davon aus, daß der eigentliche Großaufmarsch am 19. Februar stattfinden soll. Auch in den vergangenen Jahren führten die Neonazis jeweils am Abend des 13. Februar Fackelmärsche durch, wenn dieser auf einen Wochentag fiel – und mobilisierten zusätzlich bundesweit für das jeweils nächste Wochenende.

junge Welt, 09.02.2011, **Mit Blick nach Dresden**, Kurt Pätzold,

<http://www.jungewelt.de/2011/02-09/050.php>

Der Untergang einer Stadt und was dem vorausging: Worüber es am 13. Februar nachzudenken lohnt

Es gibt Szenen in einem Leben, die sich unverlierbar einprägen, wie lange es danach auch immer dauern mag. Eine davon verbindet sich mir mit dem Görlitzer Bahnhof. Die deutsche Kriegsniederlage war eine Frage von Wochen allenfalls noch von einigen Monaten geworden. Westwärts ergoß sich ein Flüchtlingsstrom aus Schlesien. Zehntausende passierten die Stadt an der Neiße. Wer nicht wußte, wohin sich wenden, erhielt in der Bahnhofshalle eine Eisenbahnfahrkarte nach einem Ort, beispielsweise irgendwo in Bayern, und die Abfahrtszeit des Zuges genannt, der ihn dorthin bringen sollte. Am Abend des 12. Februar 1945 staute sich eine Menschenmenge auf dem ihr bezeichneten Bahnsteig. Auch die Treppen dahin waren vollgestopft. Mütter mit großen und kleinen Kindern, Alte und Gebrechliche, die in dem beängstigenden Gewühl nach Luft rangen. Das machte, daß ich aufgab und nicht mit dem Zug in Dresden ankam, als über dessen Himmel die Bombenflugzeuge der Royal Air Force (RAF) eintrafen. An die Menschen, die es »geschafft« und sich in die Waggons gedrängt und gekämpft hatten, mußte ich denken, als ich Ahnungslose, das ist eine milde Bezeichnung, mit der Losung marschieren sah »Keine Träne für Dresden«. Da entstehen mir dann auch wieder die Bilder des Trümmerhaufens, durch den ich einige Wochen später ging. Es lassen sich die deutschen Opfer dieses Angriffs wie Millionen andere deutsche Kriegstote beklagen, ohne aus den Deutschen, die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges waren, ein einziges Opfervolk zu machen oder gar sich den Neobraunen zuzugesellen, von denen nur von Fall zu Fall entschieden werden kann, ob sie dumm sind oder auf die Dummen rechnen.

Geschichte des Luftkriegs

Wer von dem 13. Februar 1945 und Dresdens Zerstörung spricht und darüber zu Urteilen gelangen will, tut gut, sich ein wenig um die Geschichte des Luftkriegs zu kümmern, denn hier wie in vielen anderen Fällen gilt, daß man eine Sache erst dann kennt, wenn man auch um ihre Geschichte weiß. In Kürze: Der Luftkrieg beginnt im Ersten Weltkrieg. Aus dem Rückblick erscheint, was damals geschah, als ein bloßer Auftakt. Den Deutschen wurde er aber nicht als eine Warnung erklärt, sondern romantisiert. Manfred von Richthofen, Max Immelmann, Oswald Boelcke, das waren Namen in vieler Munde. Zu den für die Jugend bestimmten Erzählungen gehörte eine Sammlung »Helden der Luft«. Die Kampfflieger wurden als eine Art moderner Ritter hingestellt, die sich Mann gegen Mann maßen, nicht auf Pferden und gepanzert mit Lanze und Schwert, sondern in ihren ungepanzerten Flugapparaten und mit Maschinengewehren. Weniger Aufhebens wurde um den Bombenkrieg aus der Luft gemacht, den Flugzeuge und Zeppeline führten. Lüttich wie London bildeten deutsche Angriffsziele. Schon damals wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Kriegführung, was geschah, auf Zivilisten ausgedehnt werden oder nur militärischen Zielen gelten dürfe. So wenig der

Luftkrieg für den Verlauf und das Ergebnis dieses Krieges noch bedeutete, den Militärs war klar, daß hier eine neue Waffengattung im Entstehen begriffen war. An ihrer Entwicklung wurde international fieberhaft gearbeitet. In Deutschland illegal, denn der Besitz von Luftstreitkräften war dem Reich im Versailler Vertrag ausdrücklich verboten worden. Zugleich scheiterten in den zwanziger Jahren die internationalen Bestrebungen, nach dem Beispiel des See- und Landkriegsrechtes auch ein Luftkriegsrecht zu vereinbaren. Die Armeeführungen waren desinteressiert und dies um so mehr, als sich mit der Vervollkommnung dieser Waffe weitreichende, ja phantastische Vorstellungen über eigene Vorteile im nächsten Krieg verbanden. Und mit den immer komplizierteren Apparaten zum Angriff wie zur Abwehr ließen sich erhebliche Gelder verdienen, angefangen von den Produzenten des Aluminiums bis zu denen des feinmechanisch-optischen Geräts.

So entstand zwischen den beiden großen Kriegen als dritte Waffengattung die Luftwaffe. Ihre Existenz in Deutschland wurde 1935 öffentlich demonstriert. An »Tagen der Wehrmacht« begaben sich Tausende auf Flugplätze und begeisterten sich an dem dort vorgeführten Gerät. Bei Paraden, wie anlässlich von Hitlers 50. Geburtstag, brausten Maschinen im Tiefflug mit ohrenbetäubendem Lärm über die Straßen deutscher Städte. Die Luftwaffe galt als die Krone aller Waffen, Konkurrenz machten ihr allenfalls die Unterseeboote. Spielfilme waren für sie Reklame, so 1939 der Streifen »D III 88«, der noch in Manöversituationen spielte. Das setzte sich im Kriege mit »Kampfgeschwader Lützow« und »Quax, der Bruchpilot« fort.

Zivilbevölkerung als Ziel

Als der Krieg 1939 von der faschistischen Führung eröffnet wurde, erfreuten sich die Szenen mit den herabstürzenden Sturzkampfflugzeugen und den Bombenabwürfen über polnischem Land unter Zuschauern besonderer Beliebtheit. Schon im ersten Bericht des deutschen Oberkommandos wurde bekanntgegeben, Geschwader der Luftwaffe seien »zum Niederkämpfen militärischer Ziele« gestartet. Die Deutschen mochten diese erste in der langen Reihe von Lügen in den Berichten der folgenden Jahre glauben. In Wahrheit hatte die polnische Kleinstadt Wielun zu den Angriffszielen gehört. In ihr wurden bei dem Überfall von 87 deutschen Sturzkampfbombern wenige Stunden nach Kriegsbeginn 1200 Zivilisten (von etwa 16000 Einwohnern) getötet und 70 Prozent der Stadt zerstört. Auch in den weiteren offiziellen Mitteilungen blieb die Fiktion gewahrt, Ziel der Luftattacken seien militärisch bedeutsame Ziele. Doch konnten selbst nach den Filmberichten und den Erzählungen zurückkehrender Soldaten Zweifel am Charakter des Luftkrieges nicht mehr sein. Zu seinen Zielen gehörte es, unter der Zivilbevölkerung Schrecken und Resignation vor der deutschen Übermacht zu verbreiten.

Kaum jemand im Reich machte sich Gedanken darüber, wofür das ein Anfang war. Zwar begann die Verdunkelung der Städte, die Einrichtung von Luftschutzkellern, die »Entrümpelung« der Hausböden, die Anschaffung von allerlei Gerätschaften zur Brandbekämpfung

und die Mobilisierung der Luftschutz-Organisation. Doch noch glaubten die Deutschen, daß die Vorsorge angesichts der Verlässlichkeit der eigenen Luftabwehr eigentlich überflüssig sei.

Seinen Höhepunkt erreichte der Luftkrieg nach der Kapitulation Frankreichs im Sommer und Herbst 1940 über den Britischen Inseln. Er zielte, nachdem der vage Plan einer Invasion aufgegeben war, auf die Zerstörung wirtschaftlicher, darunter Rüstungsanlagen, und die Zermürbung der britischen Bevölkerung. Aus deutschen Radioapparaten tönte regelmäßig das Lied »Bomben! Bomben! Bomben auf Engelland«, in dem es hieß: »Wir halten Gericht. Ein Weltreich zerbricht.« Den gnadenlosen Luftkrieg begrüßten viele Deutsche als den direktesten Weg zum Kriegsende. Gleichzeitig wurde zu diesem Zeitpunkt vielen Bewohnern deutscher Städte klar, daß sie vor den Schlägen der Gegner nicht vollkommen geschützt waren. Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 26. August 1940 hieß es, in der vergangenen Nacht überflogen »zum ersten Mal seit Kriegsbeginn einige feindliche Flugzeuge Berlin und warfen am Stadtrand mehrere Brandbomben«. Sachschaden sei nicht angerichtet worden. Dann verging, wenn das Wetter es nicht verbot, kein Tag, an dem die Flugzeuge der RAF nicht über dem Reichsgebiet auftauchten. Planmäßig und planlos würden vom Gegner Wohngebiete angegriffen, hieß es. Das war ein Vorspiel nur. Noch ging man am Sonntag bei einem Spaziergang die Bombentrichter bestaunen ...

Und dann kamen Lübeck, Hamburg, Köln, die Verwandlung der Städte des Ruhrgebiets und eben auch Berlins in beispiellose Trümmerhaufen. Keine Attacke aber hat sich dem Gedächtnis so tief eingepägt wie die auf Dresden. Wegen der umstrittenen Zahl der Toten? Weil die Stadt mit Flüchtlingen vollgestopft war? Weil sie als das Florenz an der Elbe galt? Weil es bis zum Ende des Krieges nur noch ein knappes Vierteljahr dauerte und die Alliierten ihn schon sicher gewonnen hatten? Sie hätten, so das verbreitete Urteil, da mit dem von den Deutschen begonnenen Bomben doch aufhören müssen.

Hätten nicht eher die deutschen Generale nach dem Beispiel ihrer Vorgänger im Ersten Weltkrieg »aufhören« müssen, als sie wußten, daß sie geschlagen waren, spätestens also, als sie an den Reichsgrenzen standen? Und mußten, da die Deutschen selbst in ihrer aussichtslosen Lage nicht kapitulieren wollten, die Alliierten nicht zu jedem Mittel greifen, das das Ende näher brachte und die eigenen Leute schonte? Wer, so viele waren es nicht, von Stalingrad bis ins schlesische Lauban gelangt war, wollte den Tag nicht erleben, an dem er sich sagen konnte: Friede! Wer, der von der Normandie bis an den Rhein sich vorgekämpft hatte, wollte nicht an diesem ersehnten Tage einer Mutter nach Arizona oder Montana schreiben: Ich lebe! Die Deutschen haben ihre Frauen und Kinder und alten Menschen nicht zu schützen vermocht. Das konnten sie nicht, indem sie, wie ihnen befohlen, weiter schossen, sondern nur umgedreht hätten indem sie die Gewehre umdrehten. Darüber gilt es beim Blick in die grausige Geschichte von Dresdens Untergang nachzudenken.

MDR, 09.02.2011, **Klage gegen Extremismusklausel angedroht**, -,
<http://www.mdr.de/nachrichten/8209002.html>

Juden und Muslime in Deutschland fordern die Rücknahme der umstrittenen Extremismusklausel. Auf einer Pressekonferenz in Berlin appellierten Vertreter beider Zentralräte an Familienministerin Kristina Schröder, die Klausel zurückzunehmen.

Zentralräte denken über Klage nach

Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, sagte, seine Organisation denke sogar über eine Verfassungsklage nach. Zudem bezeichnete er die Erklärung als "Versuch, Initiativen auf politische Linie zu bringen". Dies sei im Grundgesetz so nicht vorgesehen. Auch der Vorsitzende des Zentralrates des Muslime, Aiman Mayzek, kritisierte die Pläne heftig. Er nannte die Klausel ein "fatales Signal" an alle Engagierten und kündigte ebenfalls an, sich möglicherweise juristisch gegen die Pläne zu wehren.

Ulbig verteidigt Klausel

Sachsens Innenminister Markus Ulbig hatte zuvor die Klausel verteidigt. Der CDU-Politiker sagte der "Leipziger Volkszeitung", es gehe im Kampf gegen Extremismus nicht um eine Atmosphäre des Misstrauens, sondern vielmehr darum, dass öffentliche Gelder nicht in die falschen Hände geraten. Ulbig sagte weiter, dass es deswegen zumutbar sei, dass jeder, der Zuwendungen vom Staat oder vom Land erhält, sicherstellt, dass er sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Schließlich wisse keiner, ob nicht auch rechtsextreme Organisationen bei geschickter Tarnung versuchen, an öffentliche Fördertöpfe zu gelangen. Daher wundere ihn auch der Aufschrei gegen die "Verantwortungs-Klausel".

Hannefort: Politisch Aktive werden stigmatisiert

Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen beklagte hingegen, dass die Erklärung den Trend bestärke, politisch Aktive pauschal als "Linksextreme" zu stigmatisieren. Ähnlich äußerte sich bereits vergangene Woche Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann. Er erklärte, ihm sei bisher kein Projekt bekannt, in dem sich Linksextreme über staatliche Fördertöpfe Geld erschlichen hätten.

Auslöser der Kritik ist eine Erklärung, die das Familienministerium von Projektträgern gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verlangt. Die Erklärung verlangt, neben

dem Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch die Einwilligung, dass Partner der Initiativen auf Verfassungstreue überprüft werden.

die tageszeitung, 09.02.2011, **Bedenken gegen Extremismusklausel**, F. Gritti & W. Schmidt,

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/bedenken-gegen-extremismusklausel/>

Laut einem Gutachten zweifelt auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags am Gesinnungs-Check für Initiativen gegen rechts. Er fördere das Misstrauen.

Verstärkt in der Kritik: Kristina Schröder und ihre Gesinnungsklausel. Foto: reuters

BERLIN taz | Nach einem renommierten Staatsrechtler zweifelt nun auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags an der Verfassungsmäßigkeit der "Extremismusklausel" von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Dies geht aus einem Gutachten hervor, das der taz vorliegt. Bundestagsvize Wolfgang Thierse (SPD) hatte es beim Wissenschaftlichen Dienst in Auftrag gegeben.

Das Familienministerium verlangt von Trägern, die Fördergelder für ihren Einsatz gegen Extremismus bekommen wollen, neuerdings eine Erklärung. Dort müssen diese sich nicht nur zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sondern sich auch verpflichten, Projektpartner auf ihre Treue zum Grundgesetz zu überprüfen.

Laut dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes sei es aber schon "verfassungsrechtlich fragwürdig", ob man Trägern von Projekten gegen Rechtsextremismus überhaupt eine solche Bekenntnispflicht abverlangen könne. Denn anders als bei einem Beamtenverhältnis oder bei Einbürgerungen gehe es bei der Projektförderung nicht um eine "auf Dauer angelegte, sehr enge Rechtsstellung".

Auch an der Verpflichtung zur Überprüfung der Projektpartner werden in dem Gutachten Zweifel geäußert. Die Gesinnung von Dritten lasse sich "kaum hinreichend bestimmen". Dagegen sei nicht auszuschließen, dass in der Projektträger-Landschaft Verunsicherung entstehe. Fazit: "In einem Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Gesinnungsüberprüfung dürfte sich das Erleben von demokratischer Teilhabe kaum organisieren lassen."

Nachdem Anti-rechts-Initiativen schon seit Wochen gegen die Extremismusklausel wettern, haben sich am Mittwoch nun auch die Zentralräte der Juden und der Muslime dem Protest angeschlossen. "Statt Engagierte zu unterstützen, stellt man sie unter Generalverdacht", sagte Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime. Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, bezeichnete die Erklärung als "Versuch, Initiativen auf politische Linie zu bringen".

Leipziger Volkszeitung, 09.02.2011, **Sachsen verteidigt „Extremismus-Klausel“: „Vertrauen im Umgang mit öffentlichen Geldern“**, Dieter Wonka,

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/sachsen-verteidigt-extremismus-klausel-es-geht-auch-um-vertrauen-im-umgang-mit-oeffentlichen-geldern/r-mitteldeutschland-a-74107.html>

Leipzig. Im Streit um die vom Bund und vom Freistaat Sachsen geforderte „Extremismusklausel“ für die Vergabe von Fördermitteln an Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, hat die sächsische Regierung auf „die Verantwortung der Zivilgesellschaft und Initiativen zur Stärkung der Demokratie“ hingewiesen. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) sagte der „Leipziger Volkszeitung“: „Es geht bei dem Kampf gegen Extremismus um Demokratiestärkung und nicht um eine Atmosphäre des Misstrauens. Aber entscheidend ist auch, dass öffentliche Gelder nicht in falsche Hände geraten.“

Es gehe deshalb auch um Vertrauen im Umgang mit öffentlichen Geldern. Deshalb, so Ulbig, „ist es zumutbar, dass jeder Zuwendungspartner sicherstellt, dass jeder einzelne Projektpartner das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterschreibt“.

Keiner wisse, ob nicht auch rechtsextreme Organisationen bei geschickter Tarnung versuchen, an öffentliche Fördertöpfe zu kommen. Deshalb wundere ihn „der Aufschrei“ gegen diese Verantwortungs-Klausel, sagte Ulbig. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei „eine klare Trennungslinie und sollte jeder Initiative ein klares Bekenntnis zu ihr ermöglichen“, warb der Innenminister um Verständnis.

Der Vorstandsvorsitzende der der Linkspartei nahestehenden „Rosa-Luxemburg-Stiftung“, Heinz Vietze, meinte dagegen gegenüber der Zeitung, mit dem Stichwort „Extremismusklausel“ werde „ein fragwürdiger Extremismus-Begriff“ zur Grundlage der politischen Arbeit gemacht. „Damit gefährdet man zudem verdienstvolle demokratische Initiativen gegen den Neonazismus und erschwert somit den Kampf gegen menschenverachtende Ideologien.“

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) hatte zuvor betont, die neu verlangte „Demokratieerklärung“ sei eine Belastung und ein Störfaktor für sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus.

Leipzig Fernsehen, 09.02.2011, **Dresden droht der Ausnahmezustand: Bündnis: „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ wird juristisch gegen das de facto Verbot des Mahngangs „Täterspuren“ vorgehen, -**

<http://www.leipzig-fernsehen.de/default.aspx?ID=5844&showNews=927565>

Nun ist es offiziell: Das Ordnungsamt der Stadt Dresden verbannt den Mahngang „Täterspuren“ aus der Altstadt, auf die Neustädter Elbseite.

“Das Leben und Wirken der von uns recherchierten Nazi-Täter hatte einen historischen Ort, Ziel des Mahngangs ist es diese Orte kenntlich zu machen. Die Mutschmann-Villa, das Deutsche Hygiene Museum und die Gestapo Zentrale sind nunmal auf der Altstadtseite. Bei der Dresdner Verwaltung paaren sich offensichtlich historische Ahnungslosigkeit und ein Unwille zur kritischen Auseinandersetzung mit der Tätergeschichte der Stadt.“, so Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses „Dresden - Nazifrei!

Folgendes erschreckendes Szenario ist am 13. Februar laut dem Bündnis möglich:

Während alle Proteste und Erinnerungsformen, die gegen das Vergessen an die deutsche Schuld eintreten, aus der Altstadt verbannt werden, reihen sich in die von der Stadtverwaltung inszenierte Menschenkette Neonazis der JLO und holen sich dort den goldenen Schlüssel der Dresdner Altstadt ab, um wenig später ungestört eben dort marschieren zu können. »Dresden – Nazifrei!« wird den skandalösen Auflagenbescheid nicht einfach hinnehmen und juristisch gegen das de facto Verbot des Mahngangs vorgehen.

Unterstützung für das Projekt »Täterspuren« bekommt das Bündnis durch prominente Historiker und die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees:

Prof. Dr. Andreas Nachama, Geschäftsführender Direktor Stiftung Topographie des Terrors

„Mit großer Bestürzung habe ich davon Kenntnis nehmen müssen, dass durch Maßnahmen des Ordnungsamtes die Orte, die den NS-Terror in Dresden dokumentieren wie die der Villa von NS-Gauleiter Mutschmann und die Gestapo-Zentrale nicht in Ihre Manifestation einbezogen werden sollen. Ich unterstütze ausdrücklich Ihre ganzheitlichen Überlegungen und hoffe, dass es Ihnen gelingt, die politisch Verantwortlichen zu geschichtsbewusstem Handeln überzeugen zu können.“

Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück

„Und immer wieder Dresden. Was sind das für Zeiten, in denen ein Mahngang untersagt wird, der zu den Täterspuren führen soll. An die Orte mitten in der Stadt Dresden, an denen von Nazitätern gefoltert wurde, das Unrecht geplant und durchgeführt wurde. Die Neonazis

dürfen am 13. Februar mit ihren Fackeln durch die Stadt laufen. Den Antifaschisten soll am Tag der Bombardierung Dresdens ein Mahngang verboten werden. Das wäre ein Skandal.“

Prof. Dr. Klaus Dörre, Jena

»Aus meiner Sicht ist es ein Skandal, dass eine Aktion, die in Dresden ‚vor Ort‘ auf Verstrickungen in nationalsozialistische Verbrechen hinzuweisen beabsichtigt, mit einem Verbot belegt wird. Dass die Neonazis offenbar am 13. Februar in der Altstadt demonstrieren dürfen, während eine demokratische Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte Dresdens in der Zeit des Nationalsozialismus an das andere Elbufer verbannt wird, ist für mich nicht nachvollziehbar. Das Verbot zeugt von einem erschreckenden Mangel an politischem Gespür bei den Verantwortlichen.“

Süddeutsche Zeitung, 09.02.2011, **Die unheimliche Anziehungskraft der NPD**, Christiane Kohl,

<http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-sachsen-anhalt-die-unheimliche-anziehungskraft-der-npd-1.1057370>

20 Jahre war Hans Püschel in der SPD. Jetzt macht der Bürgermeister des kleinen Ortes Krauschwitz Wahlkampf für die rechte NPD - aus Frust, weil alles wegbricht, was er nach der Wende mit aufbauen half.

Der alte Spitzgiebel ist mit immergrünen Kletterpflanzen berankt, dahinter schimmert eine orangefarbene Fassade hervor. Das Haus wirkt anheimelnd verwunschen, doch an dem großen braunen Holztor warnt ein rotes Schild: "Vorsicht, bissiger Hund". Drinnen sitzt Hans Püschel in Trainingshosen am Computer und sinniert über Deutschland.

Alles laufe auf eine Katastrophe zu, glaubt der Ortsbürgermeister aus dem Dorf Krauschwitz bei Weißenfels in Sachsen-Anhalt - "das System muss umkippen, das geht ja gar nicht anders", fürchtet er. Denn was auch immer man wähle, es komme eigentlich immer dieselbe Politik heraus, findet Püschel, derweil würden die "wahren Probleme" jedoch immer größer.

Und deshalb hat sich der 62-Jährige mit dem Fünf-Tage-Bart zu einer radikalen Kehrtwende in seinem politischen Leben entschlossen: Seit dem Ende der DDR war der studierte Ingenieur mehr als 20 Jahre lang für die SPD aktiv - bei den kommenden Landtagswahlen am 20. März kandidiert er hingegen für die rechtsradikale NPD.

Püschels Schritt löste erheblichen Ärger bei seinen sozialdemokratischen Parteifreunden aus, einem Ausschluss kam er gerade noch durch Austritt zuvor. Jetzt rätseln die Genossen von einst, was den ostdeutschen Sozialdemokraten der ersten Stunde wohl veranlasst haben könnte, der SPD den Rücken zu kehren - immerhin hatte Püschel 1990 die SPD in Sachsen-Anhalt mit aufgebaut, er galt stets als engagierter Sozialdemokrat, der etwas bewegen konnte in seinem Ort.

Indes hatten sogar Parteifreunde, die näher mit dem Krauschwitzer Bürgermeister zu tun hatten, offenbar nie bemerkt, wie sehr sich der Kommunalpolitiker in den vergangenen Monaten mehr und mehr nach rechts bewegt hatte. So hielt Rüdiger Erben, der SPD-Vorsitzende im Burgenlandkreis, Püschel bislang eher für einen Parteilinken: "Ich hätte wetten können, dass er, wenn überhaupt, zur Linkspartei wechseln würde."

Selbst Pfarrer Thomas Wisch, der für Krauschwitz mit seinen etwa 550 Einwohnern zuständig ist, zeigt sich erschrocken und verwundert über den Schritt des Kommunalpolitik-

ers: Püschel hatte stets die Orgel im Gottesdienst gespielt, als Kirchenältester war er zudem viele Jahre lang einer der wichtigsten Ansprechpartner im örtlichen Kirchenvorstand für Wisch gewesen.

Mittlerweile hat der Kreiskirchenrat seinem ehrenamtlichen Helfer Püschel jedoch das Amt entzogen - weil eine Kandidatur für die NPD unvereinbar sei mit der Position eines Kirchenältesten, wie der Superintendent erklärte. Pfarrer Wisch aber beteuert: "Wir haben immer wieder versucht, ihm eine Brücke zu bauen."

Das waren wohl vergebliche Mühen. "Viele Gemeindemitglieder können es einfach nicht verstehen, was Püschel umtreibt", sagt Wisch jetzt. Doch der Pfarrer will auch nicht behaupten, dass der Kommunalpolitiker mit seinem Denken in der Region ein Einzelfall ist: "Das Problem ist, dass viele Menschen hier denken, die NPD sei eine normale bürgerliche Partei", sagt Wisch.

Wenn der Geistliche über mögliche Ursachen für Püschels plötzlichen Rechtsruck nachdenkt, fallen ihm auch allerlei Gründe ein: "Vielleicht hat sich einfach zu viel Frust bei ihm aufgestaut." Frust, der etwa dadurch entstanden sein könnte, dass viele Errungenschaften und Einrichtungen, die der Kommunalpolitiker in den ersten Jahren nach der Wende mit aufgebaut hatte, nun Zug um Zug wieder eingerissen würden. "Wir erleben hier einen massiven Abbau von Strukturen", sagt Pfarrer Wisch. Für die Betroffenen sei das nicht immer einfach zu verkraften.

Es geht um das sogenannte Demographie-Problem, das manche Regionen in Sachsen-Anhalt besonders stark trifft: Tag für Tag verliert das Land durchschnittlich mehr als 70 Einwohner. Noch immer zieht es viele Bewohner gen Westen. Und weil diejenigen, die im Land blieben, weniger wurden, kommen heute auch weniger Kinder zur Welt.

Schon wurden allerorten Schulen, Kindergärten oder auch Polizeistationen geschlossen, die großteils erst nach der Wende eröffnet worden waren. Krankenhäuser machen dicht, Bundeswehrstandorte verschwinden, und auch die Bedeutung der Wohnorte wurde in den Augen der Bürger Zug um Zug abgewertet - durch die Gebietsreformen. So war der Ort Hohenmölsen unweit von Krauschwitz nach der Wende zur Kreisstadt erklärt worden; heute wirkt das Städtchen wie ein toter Ort. "Am Marktplatz bei der Kirche lebt kaum noch jemand", sagt Pfarrer Wisch, "ich bin hier fast der Einzige."

Auch andernorts bekommen die Bewohner immer stärker den Bevölkerungsschwund zu spüren. "Hier gehen doch alle weg", sagt etwa im Ort Oschersleben bei Halberstadt ein Kfz-Mechaniker. "Zurück bleiben nur die Doofen." Mit den Politikern sei auch nichts mehr anzufangen: "Die schweben über den Wolken und streiten sich nur", meint der Kfz-Meister.

Unterdessen gebe es immer weniger Anreize für die verbliebenen Menschen, überhaupt zur Arbeit zu gehen: "Ein Hartz-IV-Empfänger bekommt teilweise ja mehr Geld, als ein Facharbeiter nach Abzug seiner Kosten übrig hat", sagt der Mechaniker. Unter solchen Bedingungen sei es immer schwieriger, Mitarbeitern einen akzeptablen Lohn zu bieten. Dabei, sagt der Inhaber einer Autowerkstatt, "werden wir als Mittelstand doch überall geschröpft".

Auf diesen Mittelstand zielt die NPD mit ihrer Parteienwerbung im Landtagswahlkampf. In ihren smarten Anzügen geben sich die Rechtsextremen betont bürgerlich und thematisieren stets aufs Neue das Demographie-Problem. Zwar liegt die NPD in den Umfragen bislang bei drei Prozent, doch ein Neuzugang wie der des Kommunalpolitikers Püschel dürfte den NPD-Wahlstrategen wie ein Sechser im Lotto vorgekommen sein: Endlich wirbt einer aus der Mitte der Gesellschaft für sie, der Mann vertritt punktgenau die Zielgruppe, auf die es die Rechten abgesehen haben.

In seinem Arbeitszimmer zählt Püschel gerade auf, was in seiner Zeit als Krauschwitzer Bürgermeister alles getan wurde: "Die Feuerwehr haben wir modernisiert und die Fahrzeugtechnik sowie jede Menge Straßen gebaut - die gemeindliche Struktur ist in Ordnung." Doch bei der jüngsten Gebietsreform wurde Krauschwitz dem Städtchen Teuchern als Ortsteil zugeschlagen, und Püschel vom Bürgermeister zum Ortsbürgermeister degradiert. Hatte das vielleicht seinen Stolz zu sehr verletzt? "Nein", behauptet Püschel, "was mich stört, ist das Szenario für meine Enkel: Wie sollen die hier noch leben, wenn alles den Bach heruntergeht?"

Landschaftsbilder hängen an den Wänden seines Arbeitszimmers, in den Regalen stehen Bücher über Geographie. An der Wand hängt eine blaue Maske - Püschel spielt bei einer Laienschauspielbühne mit. In den ersten Jahren nach der Wende, erzählt er, da habe man wirklich etwas bewegen können - "da konnte ich einen Förderantrag für die Kirchenrenovierung noch handgeschrieben in den Geschäftsgang geben". Inzwischen aber sei "alles nur noch Bürokratie", findet Püschel, "diese Demokratie ist doch in Wahrheit lediglich formal".

Und so hat sich der einstige Sozialdemokrat Püschel jetzt einen ziemlich merkwürdig klingenden Plan zur Rettung der Demokratie ausgedacht: "So wie die Grünen früher in Sachen Umweltpolitik Druck auf die anderen Parteien ausgeübt haben", will er jetzt "mit der NPD das Demokratiethema nach vorne puschen". Ausgerechnet. Und Püschel könnten dabei womöglich nicht wenige Menschen folgen. Weil sie es wie er enttäuschend finden, dass man sich erst für den Wiederaufbau engagierte und nun zuschauen muss, wie viele Einrichtungen wieder abgebaut werden.